
Klaus Zwickel

Umbrüche im Regulierungssystem

Herausforderung für Erneuerung und Reform der Gewerkschaften

Klaus Zwickel, geb. 1939 in Heilbronn, Ausbildung als Werkzeugmacher, ist seit 1986 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Seit Oktober 1993 ist er deren Vorsitzender.

I.

Fünf Jahre nach dem Ende der System-Konkurrenz und dem Fall der Mauer stehen die Gewerkschaften in Deutschland vor der größten Herausforderung seit 1945. Die Globalisierung der Weltmarktkonkurrenz, ein aggressiveres Arbeitgeberverhalten, mehr als ein Jahrzehnt konservativer Politik der Deregulierung und weitreichende Umbrüche in Produktion und Dienstleistung — die Position der Gewerkschaften ist gefährdet wie nie zuvor. Teilweise dramatische Mitgliederverluste, damit verbunden Einschränkungen in Finanzkraft und Organisationsgrad, dazu eine Mitgliederstruktur, die sich an Beschäftigtenstrukturen der sechziger Jahre orientiert, dabei gleichzeitig die dynamische Entwicklung neuer Produktions- und Dienstleistungsbereiche, die nahezu gewerkschaftsfrei sind - Gewerkschaften müssen sich auf veränderte Bedingungen einstellen.

Zwar gibt es vielfältige Bemühungen, Arbeitsansätze und Teilergebnisse gewerkschaftlicher Reform- und Erneuerungsprozesse, dennoch habe ich den Eindruck, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung noch einiges vor sich hat, um ihre Aufgaben als Interessenvertretung in Betrieben und Verwaltungen und gesellschaftliche Reformbewegung auch in Zukunft erfolgreich wahrnehmen zu können. Gewerkschaften haben keine Wahl zwischen gesellschaftlicher Gegenmacht und betrieblicher Interessenvertretung. Die Gewerkschaften könnten auch in Deutschland gesellschaftlich marginalisiert und zur Interessenvertretung von Kernbelegschaften in Großbetrieben tradi-

tioneller Industrie- und Verwaltungssektoren werden - und so ihre konfliktfähige und kooperationsbereite gesellschaftliche Gegenmacht, ihre Schutz- und Gestaltungsfunktionen verlieren.

Das neokonservative Gesellschaftsprojekt der Regierung Kohl ist effektiver gewesen, als viele von uns annehmen. Ich halte die weitverbreitete politische Analyse, die darauf hinweist, daß diese Bundesregierung kein ausgefeiltes Programm habe, für oberflächlich. Auch die jüngste Regierungserklärung ist zwar wiederum nur eine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen - sie ist zugleich jedoch mehr Programm, als viele glauben wollen.

Wer die Wirtschaft der Wirtschaft überlassen will, der dereguliert, statt sozial zu gestalten, der braucht kein formuliertes Programm; der praktiziert Anpassung an veränderte Weltmarktkonkurrenz durch Deregulierung.

Die „moralische Wende“ zeitigt schleichende Wirkungen. Von Anfang an haben Regierung, Unternehmerverbände, Banken und Teile der Medien den „ideologischen Umbau“ vorangetrieben. Es soll eine Abkehr sein von gemeinsamen sozialen Normen und Regeln, eine Abwendung von der Solidarität, hin zur wirtschaftlichen und sozialen Entfesselung des Ellbogenindividualismus. Der Markt allein soll alles regeln - und damit auch ungebremste wirtschaftliche Macht. Es geht um die Verkürzung auf eine „liberalistische“ Freiheit. Befreit von gesetzlichem und tariflichem Schutz geht es um die Freiheit der Verfügungsmacht über Produktionsmittel und damit über Menschen, die Freiheit, elektronische Medien zum Instrument der Entpolitisierung, der Einschläferung, der ökonomischen Verwertung zu machen, die Freiheit, allein unter ökonomischen Gesichtspunkten darüber entscheiden zu können, was, wie und wo produziert wird, die Freiheit, über Gewinne privat zu entscheiden und Verluste gesellschaftlich abzuwälzen.

Wir dürfen uns keine Illusionen machen -, der Versuch einer Deregulierung der Sozialbeziehungen, der Druck auf Arbeits- und Sozialkosten sind keine vorübergehende konjunkturelle Erscheinung. Die veränderte Weltmarktsituation und eine neue internationale Arbeitsteilung sind weitreichende strukturelle Ursachen dafür. Nach dem Willen von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden sowie der Bundesregierung geht es vorrangig um die Absenkung von Arbeits- und Sozialkosten, es geht um die Deregulierung, durch die Wettbewerbsfähigkeit gesichert und neu errungen werden sollen.

Dies trifft im Weltmaßstab vor allem das Regulierungsmodell in Deutschland, in dem Gewerkschaften eine stark institutionalisierte und verrechtlichte Position zu der Interessenvertretung im Betrieb und Unternehmen, in der Gestaltung der Einkommen und der Arbeitsbedingungen haben. Gewerkschaften müssen ihre Schutz- und Gestaltungskraft gesellschaftlich verteidigen und weiterentwickeln. Dies wird ohne gesellschaftliche Reforminitiativen für neue und verbesserte Regulierungen unter veränderten Weltmarktbedingungen nur dann erfolgreich sein, wenn konsequent und systematisch die Reform und Erneuerung der Gewerkschaften erfolgt.

Unsere Aufgabe heißt, die Gewerkschaften und den Deutschen Gewerkschaftsbund zu konsolidieren, dabei müssen die Anstrengungen auf Mitgliederwerbung und Stärkung der Bindekraft verstärkt und zugleich die Reform der Gewerkschaftsstrukturen entschieden vorangetrieben werden.

II.

In den Gewerkschaften, im DGB sind die Reformdebatten vorangekommen. Sie haben bei den Gewerkschaften und beim DGB erste wichtige Ergebnisse gebracht.

Die IG Metall hat zu Beginn der Reformdebatte im DGB auf die enge Verbindung von Programmentwicklung und Organisationsreform hingewiesen. Der letzte Bundeskongress hat erste wichtige Entscheidungen getroffen, die Aufgabenerfüllung beim Deutschen Gewerkschaftsbund zu konzentrieren und wirksam zu gestalten. Die politische Stärkung der Grundstrukturen, die Effektivierung der Gremien, die Erweiterung der politischen Aufgaben des Bundes, die klare Abgrenzung zwischen den mitgliederbezogenen Arbeiten der Gewerkschaften und den politisch-gesellschaftlichen Aufgaben sowie den Dienstleistungen des Dachverbandes sind wichtige Zwischenergebnisse des Reformprozesses. Ein wichtiger Schritt war die im Bundeskongress erfolgte Konzentration der gewerkschaftlichen Willensbildung auf die zentralen Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Erwerbsarbeit.

In der Tat: die Gewerkschaftslandschaft ist in Bewegung. Unter den Bedingungen des strukturellen Wandels muß das Industriegewerkschaftsprinzip dynamisch interpretiert werden -, es muß den Entwicklungen der Branchen und Sektoren angepaßt werden. Die Organisation der Gewerkschaften entlang der nach stofflichen Zusammenhängen organisierten Industriebereiche kann nicht statisch sein. Die traditionellen Industrien entwickeln sich weiter, sie differenzieren beispielsweise Dienstleistungsbereiche aus, integrieren diese zugleich in zukunftsorientierte Wachstums- und Entwicklungsstrategien traditioneller Industrien. In diesem Prozeß sind Fusionen und Kooperationen von Gewerkschaften durchaus angemessene Reaktion um den Strukturwandel nicht zu erdulden oder gar zu erleiden, sondern Ziel und Prozeß des strukturellen Wandels im Interesse der Arbeitnehmer mitzugestalten. Aber der Wandel in Produktion, Dienstleistung und öffentlicher Verwaltung verlangt mehr. Deshalb halte ich die Frage für berechtigt, ob die verschiedenen Kooperationsideen schon das Ende der Neustrukturierung der Gewerkschaften, der Abschluß des Konzentrations- und Reorganisationsprozesses sein können. Möglicherweise müssen wir den Prozeß der Kooperation bis hin zu Fusionen im Interesse einer wirksamen Schutz- und Gestaltungspolitik für Arbeitnehmer beschleunigt weitergeben; wir müssen diesen Prozeß sicherlich politisch effektiver machen.

Gewerkschaften müssen schlagkräftig im Konflikt mit den Arbeitgebern sein, sie müssen wirkungsvoll die Interessen von Arbeitnehmern vertreten

können. Sie müssen effizient in der Dienstleistung gegenüber ihren Mitgliedern sein. Die finanzielle Basis muß stark genug sein, um den Konflikt gegenüber den Arbeitgebern, die Dienstleistung gegenüber den Mitgliedern effektiv organisieren zu können.

Eigenständigkeit ist ein hohes, ein wichtiges Gut für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Wir müssen einerseits die Identität, das gewachsene historische und gesellschaftliche Selbstbewußtsein unserer Mitglieder in ihren Organisationen bewahren und fördern. Aber wir können uns andererseits den Luxus nicht erlauben, Eigenständigkeit nur auf der Basis des Mittel- und Leistungstransfers über den DGB aufrechtzuerhalten.

Gewerkschaften entstehen nicht am Reißbrett. Sie sind historisch-gesellschaftlich gewachsen und verfügen über eine eigene Identität. Es ist politische Reform- und Gestaltungsaufgabe, die lokalen, regionalen und branchenbezogenen Identitäten zu wahren und trotzdem in zukunftsfähige Organisationen und Strukturen einzubringen.

An eine Tatsache möchte ich erinnern -, Attraktivität der Gewerkschaften entscheidet sich zuallererst an ihrer Leistungsfähigkeit und Durchsetzungskraft. Dies bedeutet nicht zuletzt arbeitskampffähig zu sein — nicht streikversessen, aber real streikfähig. Dies ist Voraussetzung dafür, daß Gewerkschaften vom Gegner ernstgenommen - und von Arbeitnehmern für wichtig gehalten werden.

Wir müssen auch im DGB zu unvoreingenommenen Debatten über zukünftige Gewerkschaftsstrukturen kommen — im Interesse auch in Zukunft schlagkräftiger und handlungsfähiger Gewerkschaften. Ich bin nicht der Meinung, daß elementare Fragen der zukünftigen Struktur der Gewerkschaftslandschaft in Deutschland wie z. B. die der Dienstleistungsgewerkschaft aus der gemeinsamen Diskussion aller Gewerkschaften ausgeklammert werden können. Wie die zukünftige Gewerkschaftslandschaft aussehen soll, muß ein politisch gestalteter und gewellter Prozeß ergeben.

Dabei dürfen wir nicht verkennen, daß unsere Ausgangsposition so schlecht nicht ist. Die Gewerkschaften in Deutschland haben auch unter den Bedingungen der größten Wirtschaftskrise der bundesrepublikanischen Geschichte ihre Handlungsfähigkeit nach innen und außen unter Beweis gestellt. Trotz der Verwerfungen des Einigungsprozesses waren es die Gewerkschaften, die ungeachtet widriger Rahmenbedingungen und mit erheblichem politischen Gegenwind die sozialen Folgen der Transformation im Osten Deutschlands mit abgesichert haben. Auch im Westen hat die generelle tarifpolitische Wende der Arbeitgeber abgewehrt werden können. Gleichzeitig sind die ersten Ergebnisse von Organisationsreformen in den Gewerkschaften erkennbar.

Es ist unverkennbar - in den Gewerkschaften ist der Wille zur Erneuerung und Reform gewachsen. Dabei geht es um unsere urreigenste Verantwortung - gerade wenn wir nicht Getriebene des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Wandels sein wollen, wenn wir politisch unabhängig und demokratisch begründet unsere eigenen Entscheidungen treffen wollen, dann brauchen wir mehr Dynamik und Entschlossenheit in der Reform.

III.

Die Befunde der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Diskussion über die Zukunft des Regulierungsmodells in Deutschland sind ernüchternd. Sozialwissenschaftler weisen darauf hin, daß hinter den Umbrüchen 1989, auch jenseits der Verwerfungen der wirtschaftlichen und sozialen Einheit, andere strukturelle Prozesse nicht übersehen werden dürfen. Mit den veränderten globalisierten Weltmarktbeziehungen von Kapital, Produktion und Nachfrage setzt sich offenkundig ein veränderter Regulationstyp durch. Deregulierung, vermarktete Freiheit sollen an die Stelle verhandelter und geregelter sozialer Angelegenheiten gesetzt werden.

In der engen Verbindung von Sozialstaat und Keynesianismus wurden Politikkonzepte entwickelt, in denen gewerkschaftliche Regulierung in die Verantwortung mit einbezogen war. Mit der Überwindung eines rigiden Taylorismus wird ein neues Niveau von Arbeitsteilung erreicht, neue Produktionskonzepte einer flexiblen Spezialisierung gewinnen an Boden. Neue Unternehmerstrategien setzen auf Beteiligung und Integration der Individuen, versuchen dabei zugleich, sich aus kollektiven Regulierungssystemen (beispielsweise des Flächentarifvertrags und des Arbeitgeberverbandes) zu lösen.

Die „fraktale Fabrik“ führt zur formalen Verselbständigung von Belegschaftsgruppen, die in einem arbeitsteiligen Produktionszusammenhang an einem Ort arbeiten. Konkurrenz wird zum obersten Prinzip - Standorte, Arbeitsgruppen und Individuen werden unter Kostenminimierungsgesichtspunkten gegeneinander ausgespielt. Nicht die produktive Entfaltung in der Verbindung von individuellem und gesellschaftlichem Nutzen ist das Prinzip, die schrankenlose Konkurrenz soll die dereguliert freigesetzten Standorte, Belegschaftsteile und Einzelarbeitnehmer lenken und leiten.

Wir stehen damit mitten im Umbruch des Regulierungsmodells, eine Entwicklung, die von Arbeitgebern und Politik unterstützt wird, die auf generelle Deregulierung, Privatisierung und Individualisierung setzt. Regulierungen werden als Behinderung von Weltmarktfähigkeit, als Kostentreiber und Belastung angesehen. Weltmarktkonkurrenz soll durch die Absenkung von Arbeits- und Sozialkosten erreicht werden; die Gefahr einer Abwärtsspirale ist insbesondere in Deutschland angesichts der Nähe zu den Niedrigstlohnregionen Ost- und Mitteleuropas unverkennbar.

Wir selber müssen handeln, wir müssen uns auf veränderte Bedingungen einstellen bzw. uns klar werden, wie wir auf diese Entwicklung Einfluß nehmen wollen. Wir müssen die Traditionen und Regelungsbestände sichern und weiterentwickeln, die für die Zukunft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung in

dieser Gesellschaft unverzichtbar sind. Die Gewerkschaften in Deutschland haben die Auswirkung einer verschränkten Konjunktur- und Strukturkrise in den letzten Jahren vergleichsweise gut überstanden. Sie tragen Mitverantwortung auch für den Weg der Gewerkschaftsbewegung in der Europäischen Union, aber auch für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und die Herausbildung sozialstaatlicher Strukturen in Mittel- und Osteuropa. Gerade deshalb ist die Verteidigung des Status quo erforderlich -, aber als Konzept zu wenig. Von uns wird gefordert, daß wir uns auf veränderte Rahmenbedingungen auch durch planmäßigen und systematischen Wandel in den Gewerkschaften einstellen.

Die generelle Absenkung von Lohn- und Sozialkosten, die generelle Deregulierung kann keine angemessene Antwort auf die Herausforderung der neuen Weltmarktkonkurrenz sein. Wir leiten damit nur immer neue Absenkungsschübe und Deregulierungsoffensiven ein, das soziale Dumping, die Absenkung wird zur Gefahr für alle. Durch permanentes Unterbieten kann niemand auf Dauer gewinnen. Wir kämpfen für ein neues Wettbewerbsmodell, das die qualitativen Stärken der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Verträglichkeit stark macht, das damit zukunftsfähige Elemente eines neuen Wohlfahrtsmodells verwirklicht, in dem Produktion und Verteilung auch an qualitativen Kriterien orientiert werden.

IV.

Der Strukturwandel von Produktion, Dienstleistung und öffentlicher Verwaltung und die Organisationsentwicklung der Gewerkschaften sind vielfältig verschränkt. Eine Vielzahl neuer „Grenzstreitigkeiten“ zwischen den Gewerkschaften zeigen die Unfertigkeit, die Unklarheit von Abgrenzungsregeln und -kriterien, die traditionell begründet sind. Eines der besonders griffigen Beispiele ist der Wandel von der Industrie hin zur Dienstleistung. Im Bereich der produktionsorientierten Dienstleistung sehen wir, daß sich der Trend zur Verstärkung von Dienstleistungen in den industriellen Sektoren selber vollzieht. Gleichzeitig wächst die Bedeutung industriell gestützter Dienstleistungen — beispielsweise im Telekommunikationsbereich. Es stellt sich ein neues Mischungsverhältnis von industrieller Arbeit und Dienstleistung in den verschiedenen Branchen dar, mit neuen Schnittstellen und Überschneidungen zu anderen Branchen. Im Bereich von „Multimedia“ ist die alte Branchenstruktur vollends aufgehoben.

Eine moderne öffentliche Verwaltung ist auch für die Zukunft von Industrie und privater Dienstleistung am Standort Deutschland von großer Bedeutung. Die Privatisierungsschübe bei Eisenbahn, Post, Postbank und Telekom sind dann Chancen für den Industriestandort, wenn die Verbesserung in der Leistungserfüllung mit sozialer Sicherheit und attraktiver Arbeit für die Beschäftigten einhergeht.

Zugleich sind damit verschiedene Organisationsbereiche von Gewerkschaften von einem starken Anpassungsdruck geprägt. Wollen wir „kriegeri-

sehe Landnahme" und den Kampf aller gegen alle vermeiden, dann bedarf es der politischen Absprache, die Identität und historisch gewachsene Strukturen berücksichtigt, aber auch die Zukunftsfähigkeit gewerkschaftlichen Handelns nicht verbaut.

Die Grundprinzipien gewerkschaftlicher Organisation, das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, das Industrieverbandsprinzip, das Prinzip ein Betrieb - eine Gewerkschaft, haben sich bewährt. Wir müssen sie auf den Strukturwandel hin anpassen. Über die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, damit auch über die Entwicklung eines sozialstaatlich begründeten Regulierungssystems wird auch von uns selber entschieden. Wir selber müssen uns klar machen, wie wir die Veränderung von Branchen und Industrie- und Dienstleistungssektoren im statischen Rahmen wohldefinierter Gewerkschaftszuständigkeiten aufnehmen. Hierbei kann es nicht um den Kampf aller gegen alle, jeder gegen jeden gehen. Die Mitgliedsgewerkschaften des DGB tragen selbst die Verantwortung dafür, daß sie den Strukturwandel aufnehmen und ihre Organisationsstrukturen und damit ihre Organisationsabgrenzungen so definieren werden, daß Identität und Selbstbewußtsein ihrer Mitglieder und zukünftige Industrie- und Dienstleistungsstrukturen gleichermaßen aufgenommen werden. Abgrenzungskämpfe verhindern nicht das Entstehen gewerkschaftsfreier Räume, sie tragen eher dazu bei, daß sich Nichtorganisierte in ihren Vorurteilen gegenüber den Gewerkschaften bestätigt sehen.

Wir müssen auch den Prozeß klarer Aufgabenverteilung und Aufgabenzuordnung zwischen DGB und Mitgliedsgewerkschaften fortsetzen. Die Gewerkschaften sind für die mitgliederbezogenen Aufgaben verantwortlich. Für die übergreifende gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Interessenvertretung ist der DGB zuständig - in der ihm eigenen Verantwortung.

Wir müssen nunmehr zügig klären, was „DGB in der Fläche“ bedeutet und bedeuten kann. Angesichts der Zusammenlegung von DGB-Kreisen und der wachsenden Betreuungsfläche brauchen wir in der Fläche stärkere direkte Kooperationen zwischen den Gewerkschaften, um die Dienstleistungen zu sichern, die im Einzelfall im großflächigen DGB-Kreis durch die Kreisverwaltung nicht zu erbringen ist. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß es in verschiedenen Regionen mit einer geringeren Beschäftigungsdichte auch möglich ist, durch direkte Bürokooperation zwischen den Gewerkschaften Präsenz zu zeigen, Beratung und Information zu organisieren und Schutz- und Gestaltungsangebote zu präsentieren. Genauso wichtig ist es, in sog. Industrieparks durch ein gemeinsames gewerkschaftliches Beratungsbüro betriebliche Strukturen aufzubauen.

Eine klare Führungsstruktur, eine Budgetierung, die in diesem Rahmen zu Handlungsfreiheit und präziser Verantwortlichkeit, zu Kostenkontrolle und Effizienzsteigerung führt, müssen wirksam umgesetzt werden. Beim Rechtsschutz geht es darum, ein Modell der Finanzierung zu finden, das diese Solidar-

leistung beim DGB dauerhaft gewährleistet, zugleich aber auch den differenzierten Interessen der Gewerkschaften entspricht. Dabei kann es kein Zwei-Klassen-System geben - die einen nutzen das Rechtsschutzsystem des DGB als umfassende Vollversorgung, andere Gewerkschaften wickeln den Rechtsschutz in hohem Maße eigenständig ab. Hier bedarf es dringend der Angleichung auf dem Wege gemeinsamer Verabredungen. Entscheidungen dazu müssen noch in diesem Jahr getroffen werden.

V.

Für die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft ist es wichtig, daß wir uns auf unsere zentralen Handlungsfelder konzentrieren. Es geht um die Interessenvertretung auf der Grundlage der Erwerbsarbeit in Betrieb und Verwaltung in politischer und gesellschaftlicher Perspektive. Dies ist kein Rückzug auf den Betrieb, kein Rückzug aus der Gesellschaft, wenn wir uns dort erneuern, besser verankern und weiter durch Leistungen überzeugen wollen, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre zentralen Erwartungen an Gewerkschaften haben.

Gewerkschaften sind auch unter gewandelten Bedingungen Organisationen der Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Erwerbsarbeit - mit arbeitsbezogenen Schutz- und Gestaltungsaufgaben, aber natürlich auch mit politischen Reformforderungen und gesellschaftlichen Visionen und Leitbildern. Politisch-gesellschaftliche Perspektiven können jedoch nicht losgelöst von den gewerkschaftlichen Kernbereichen diskutiert werden, aus denen überhaupt Gewerkschaften ihre Legitimation im Urteil ihrer Mitglieder, der Arbeitnehmerschaft, der Gesellschaft insgesamt begründen. Diese Kernaufgaben sind die Tarifpolitik, die Betriebspolitik, die Industrie- und Strukturpolitik, die Sozialpolitik sowie die mitgliederbezogenen Dienstleistungen. Die Organisationspolitik hat eine dienende Funktion.

Alle diese Handlungsfelder sind nicht syndikalistisch zu erarbeiten; sie sind schon von ihrer Begründung her auf gesellschaftliche Perspektiven angelegt. In diesen zentralen Handlungsfeldern müssen wir unsere Konfliktfähigkeit sichern, unsere Kooperationsfähigkeit erweitern. Hier müssen wir Zukunftsfähigkeit herstellen - durch Erneuerung und Modernisierung von Zielen, Wegen und Durchsetzungsinstrumenten, von Konzepten und Programmen, von Schutz- und Gestaltungsinitiativen, von konkreten Umsetzungsschritten und Vorgehensweisen. Ohne wirksame und erfolgreiche Arbeit in diesen zentralen Handlungsfeldern, ohne Legitimation durch Wirksamkeit und Erfolg in diesen Feldern werden Gewerkschaften weitere Mitglieder und damit ihre Durchsetzungskraft insgesamt eher verlieren.

Die betriebliche Verankerung ist der zentrale Lebensnerv der Gewerkschaften. Ich bin mir sicher, daß diese Aussage alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verbindet. Ich vermisse jedoch nicht selten die praktische

Anwendung dieser so einfachen wie elementaren Grundregel. Dies bedeutet nicht zuletzt, daß wir aus diesen Bereich unsere besondere Legitimation beziehen und auf ihn auch den wesentlichen Teil unserer Ressourcen konzentrieren müssen.

Angesichts der Erosion von Bindekräften in unseren zentralen Handlungsfeldern können wir unsere Konflikt- und Durchsetzungsfähigkeit nicht dadurch wiedergewinnen, daß wir vor den Schwierigkeiten fliehen und versuchen, statt dessen neue Handlungsfelder zu erobern. Wir müssen vor allem dort erfolgreich sein, wo wir authentische Instrumente der Durchsetzung—den Tarifvertrag, die Betriebsvereinbarung, die gesellschaftliche Mobilisierung und Vereinbarung - haben. Dabei bedeutet Konzentration auf unsere Kernaufgaben keinesfalls die Abkehr, nicht einmal die Minderung von gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und politischem Auftrag zu gesellschaftlicher Reformperspektive. Das Gegenteil ist richtig. Die Konzentration auf unsere Kernaufgaben bedeutet unsere Handlungsfähigkeit zu erhalten -, und damit unsere Politikfähigkeit zu sichern. Dort wo wir politisch-gesellschaftlich aktiv werden, brauchen wir den Bezug zur Erwerbsarbeit, zu abhängiger Arbeit unter den veränderten Bedingungen. Das ist das strikte Gegenteil einer Strategie der Entpolitisierung -, es ist Repolitisierung im Sinne einer ganzheitlichen Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Gewerkschaften sind keine allzuständigen Institutionen, sie sind nicht vorrangig Vertreter der Interessen in allen Lebenslagen der Menschen. Sozialstaatspolitik, Infrastrukturpolitik, Regionalpolitik, Wohnungspolitik, Verkehrspolitik sind wichtig. In diesem Sinne müssen Gewerkschaften auch ihren Interessenbegriff perspektivisch erweitern. Aber sie können nicht alles zugleich, sie können nicht stellvertretend für andere, sie können nicht aufgesetzt und losgelöst von der wirtschaftlichen und sozialen Realität in Betrieben, Unternehmen und Verwaltungen operieren.

Wir wissen um den engen Zusammenhang von Arbeit und Leben. Wir wissen darum, daß eine immer größere Anzahl von Menschen immer längere Zeit außerhalb des Betriebes verbringen. Wir wissen um die wachsende Vielfalt in den Spannungsverhältnissen von Interessen in der Erwerbsarbeit einerseits, in den lebensweltlichen Orientierungen der Menschen andererseits. Wir müssen der Verschränkung von Arbeits- und Lebenswelt besser entsprechen; ich halte den Ausweg einer generellen Orientierung auf „lebensweltliche Interessen“ in der gegenwärtigen Situation jedoch für falsch und wenig perspektivreich.

Politisch-gesellschaftliche Reformaufgaben knüpfen an die Aufgabenstellung der Gewerkschaften im System der Erwerbsarbeit an. Keine Zukunftspolitik läßt sich alleine auf Betrieb und Unternehmen reduzieren. Eine auf den Betrieb reduzierte Interessenpolitik muß scheitern. Zukunftspolitik hat immer gesellschaftliche Dimensionen, hat immer die Dimensionen von Solidarität, Demokratie und Freiheit. Diese egalitären Impulse sind in gewissem

Sinne die eigentliche Dynamik, die eigentliche Triebkraft gewerkschaftlichen Handelns in Gesellschaft und Betrieb. Gewerkschaften nehmen dabei auch Elemente von sozialen Bewegungen auf, sie sind immer auch Menschenrechtsbewegungen. Aber wir stehen auch immer vor der Aufgabe, unsere Zukunftsentwürfe von Demokratie, Solidarität und Freiheit auf die Interessen, auf die Zukunftsperspektiven unserer Mitglieder, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beziehen. Wir haben unseren spezifischen Ausgangspunkt in der Erwerbsarbeit - wir haben unsere Perspektiven in einer zukunftsfähigen Industriegesellschaft, die sich an qualitativen Merkmalen der Wettbewerbsfähigkeit bei nachhaltigem Wachstum, in sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit orientiert. Damit belegt die Konzentration auf die Kernaufgaben unseren ganz spezifischen eigenständigen Beitrag zur Entwicklung und Sicherung der Industriegesellschaft der Zukunft.

VI.

Aus ihrer Tradition und ihrem Selbstverständnis ist die IG Metall politisch-gesellschaftliche Reformkraft. Das wird auch so bleiben. Betriebliche Interessenvertretung ist ohne gesellschaftliche Reformpolitik ohne Biß, ohne Perspektiven. Politisch-gesellschaftliche Reforminitiativen der Gewerkschaften müssen sich in einem umfassenden Sinne für die Zukunft der Arbeit legitimieren. Weniger denn je läßt sich die Zukunft der Arbeit betrieblich verordnen. Gesellschaftlich notwendige und gesellschaftlich nützliche Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit. Wir haben ganz entscheidende Bereiche gesellschaftlich nützlicher Arbeit nicht erwerbsmäßig organisiert. Die Familienarbeit, die Reproduktionsarbeit von Frauen und hoffentlich immer mehr Männern folgt einer eigenen Logik außerhalb der ökonomischen Verwertungslogik. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf macht politisch-gesellschaftliche Initiativen, macht ein neues Leitbild von Erwerbsarbeit erforderlich. Der Wechsel von Erwerbsarbeit und Familienarbeit, der Wechsel von Qualifikationsphasen mit Erwerbsarbeit im Laufe eines ganzen Lebens führt zu neuen biographischen Mustern. Um diesen Entwicklungen zu entsprechen, erweitern wir die Perspektive unseres Interessenbegriffs - ohne seine Bindung an die konkrete Erwerbsarbeit im Betrieb und Unternehmen aufzugeben. Ganzheitliche Interessenvertretung in einem erweiterten politisch-gesellschaftlichen Kontext ist erforderlich, sie darf aber nicht in die Gefahr einer totalitären Anmaßung gewerkschaftlicher Interessenvertretung münden.

Moderne Arbeitnehmer sind hier höchst sensibel. Sie erwarten wirksame, auch kämpferische Interessenvertretung, sie wollen zugleich an effektiver Dienstleistung der Gewerkschaften teilhaben. Und gleichzeitig dürfen wir ihre gesamtpolitische Sensibilisierung für neue Fragen der Zukunftsgestaltung, der ökologischen Perspektive, des selbstbestimmten Arbeitens nicht übersehen. Auch gesellschaftliche Solidarität kann hier begründet werden - als Überzeugungsarbeit, als bewußtes Element einer gesellschaftlichen Verantwortung jedes einzelnen.

Die Ausdifferenzierung von Gewerkschaften, ihre Emanzipation von Parteien und ihre Eigenständigkeit ist ein wichtiger, gesellschaftlich notwendiger Schritt gewesen. Es wäre ein fataler Rückzug aus der gesellschaftlichen Moderne, wenn wir ihn aufgeben zugunsten allgemeiner politisch-gesellschaftlicher Bewegung.

Gewerkschaften sind auch Teil einer politisch-gesellschaftlichen Reformbewegung. Sie sind auf Bündnispartner angewiesen, um gesellschaftliche Zukunftsprojekte anzustoßen, politisch-gesellschaftliche Reformprozesse zu fördern, den Wandel der Industriegesellschaft zu organisieren. Im Wandel von Gesellschaften ändern sich die Elemente, Anknüpfungspunkte und gesellschaftlichen Gruppen in einem solchen Reformbündnis. Parteien und Kirchen, Frauenbewegung und Friedensbewegung, Ökologiebewegung und Bürgerrechtsbewegung sind Bündnispartner, die ihre Unabhängigkeit und ihr eigenes Profil wahren, aber auch die Eigenständigkeit der Gewerkschaften zu respektieren haben. Gewerkschaften sind aber zugleich mehr als Bewegung, sie sind Organisationen der Interessenvertretung, vertreten als Institutionen den Anspruch von sozialer Gerechtigkeit, von Solidarität.

Gewerkschaften sind ohne Demokratie, ohne Sozialstaat undenkbar. Dies bedeutet den klaren Vorrang für Demokratie und Freiheit, für Solidarität und soziale Gerechtigkeit in Staat und Gesellschaft. Das Widerstandsgebot in der Satzung der IG Metall wie auch die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft in der Satzung des DGB gibt diesen fundamentalen historisch-gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven konkreten Ausdruck.

VII.

Moderne und attraktive Gewerkschaften sind auf einen entsprechenden Dachverband angewiesen. Gerade beim DGB liegt das besondere Mandat für die branchenübergreifenden lebensweltlichen Interessenvertretung. Ein neuer programmatischer Grundlagentext muß in seinen Schwerpunkten Perspektiven für die Zukunft der Arbeit, die Zukunft des Sozialstaats, die Zukunft der Ökonomie, die Zukunft der Gewerkschaften programmatisch verdichten. Er muß seinen Beitrag dazu leisten, daß Gewerkschaften als unabhängige Organisationen die eigenständigen sozialen Interessen von abhängiger Arbeit in ihrer Vielfalt und Differenzierung, aber auch in ihrer verantworteten Gemeinsamkeit ein neues Regulierungsmodell prägen. Veränderte individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse, ökologische Herausforderungen, Arbeitsmigration, die Gefahren von ethnischen Konflikten und neuem Nationalismus müssen verarbeitet und integriert werden. Im Kern eines solchen programmatischen Textes muß das Leitbild einer Erwerbsarbeit stehen, die die legitimen Bedürfnisse und Interessen der Menschen aufnimmt, entsprechend ihrer Lebenslage und ihrer biographischen Situation Zugang zur Erwerbsarbeit zu finden. Wir brauchen ein neues Wachstums-, Wettbewerbs- und Wohlstandsmodell, wenn wir nicht an den eigenen Widersprüchen gesell-

schaftlicher Spaltung, ökologischer Zerstörung und eines verantwortungslosen Ellbogenindividualismus zugrunde gehen.

Beim Umbruch hin zu einem neuen Regulierungsmodell stehen wir in der Tat an einem Scheideweg. Es drohen Deregulierung und Vermarktung aller Lebensbeziehungen um den Preis ökonomischer Vermachtung, gesellschaftlicher Polarisierung und ökologischer Zerstörung. Wer hingegen den Markt als Instrument akzeptiert, zugleich aber neben der ökonomischen Effizienz soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung durchsetzen will, der ist auf intervenierende Gestaltung, auf handlungsfähige Gewerkschaften zwingend angewiesen. In diesem Sinne sind Erneuerung und Reform der Gewerkschaften kein Selbstzweck. Sie wären ein Beitrag für die Durchsetzung eines neuen Regulierungsmodells, das nachhaltiges Wachstum, soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft durchsetzt.